

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: 11.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU: Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich

Antragstext

1 Mut zur Freiheit

2 Unsere Vision für ein besseres Österreich

3 Österreich befindet sich in einer Zeit des Umbruchs. Viele Reformen sind längst
4 überfällig, und es tun sich immer mehr Bereiche auf, in denen aktives Handeln
5 gefordert ist. Viele Entscheidungen, die in den kommenden Jahren getroffen
6 werden, beeinflussen Österreich für viele Jahrzehnte – und betreffen damit vor
7 allem uns, die junge Generation.

8 Wir wollen dabei nicht einfach tatenlos zuschauen und abwarten, sondern sehen
9 uns in der Pflicht, an einer besseren Zukunft mitzuwirken. In diesem Programm
10 wollen wir aufzeigen, mit welchen Maßnahmen unsere Vision für ein besseres
11 Österreich erreicht werden kann. Liberale Antworten sind gefragt! Denn je!

12 Bildung

13 Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Sie macht uns zu
14 mündigen Bürgern, die in Freiheit und Eigenverantwortung leben. Gerade deshalb
15 ist uns ein sozial durchlässiges Bildungssystem ein Herzensanliegen. Österreich
16 muss ein Ort der Talente werden, mit einem chancengerechten, qualitativ
17 hochwertigen und freien Bildungssystem.

18 Chancengerechtigkeit von Anfang an

19 Um Kindern die besten Lebenschancen zu bieten, muss bereits im frühen Alter
20 angesetzt werden. Eltern sollen für ihre Kinder Bildungsschecks bekommen, die
21 sie für die Bildung und Betreuung in einer Vollzeiteinrichtung ihrer Wahl

22 einlösen können. Die frühkindliche Kinderbetreuung soll grundsätzlich privat
23 aufgestellt sein, aber strengen Qualitätskontrollen unterliegen. Mögliche
24 Einrichtungen können dabei Kindergärten oder Kindergruppen, aber auch
25 Einzelpersonen wie beispielsweise Tageseltern sein. So sollen individuelle
26 Lösungen eine flächendeckende Kinderbetreuung sichern.

27 **Beste Bildung durch freie Schulen**

28 Jedes Kind soll gerne in die Schule gehen. Nicht weil Schule so leicht ist und
29 Leistung nichts zählt, sondern weil man gefordert und gefördert wird. Weil
30 Stärken ausgebaut werden, anstatt Schwächen breitzutreten, und weil Lernen unter
31 den richtigen Bedingungen Spaß macht.

32 Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Schulautonomie. Dabei
33 beschränkt sich der Staat auf die Festlegung von Bildungszielen. Wie diese
34 Bildungsziele erreicht werden, obliegt den Schulen selbst. Jede Schule
35 entscheidet individuell über ihr Unterrichtsangebot, die Schwerpunktsetzung, die
36 Gestaltung des Schulalltags, das Lehrpersonal sowie die (digitalen) Hilfsmittel.
37 So entsteht Raum für innovative pädagogische Konzepte und ein vielfältiges
38 Angebot an Bildungswegen. Schulen sollen grundsätzlich privater Trägerschaft
39 unterliegen, wobei die Finanzierung durch den Staat sichergestellt wird -
40 nämlich im Zuge der Bildungsschecks.

41 In einem ersten Schritt sollen Schulen beispielsweise über ein Modell der
42 privaten Trägerschaft bei öffentlicher Finanzierung die Möglichkeit haben selbst
43 in das Prinzip der Schulautonomie hineinzuoportieren. Diese Schulen bekommen die
44 Freiheit dreifacher Autonomie: in pädagogischer, personeller und finanzieller
45 Freiheit und Verantwortung. Bei der Aufnahme soll auf eine gute soziale
46 Durchmischung geschaut werden.

47 Jedes Kind bekommt einen solchen Bildungsscheck, den es in der
48 Bildungseinrichtung seiner Wahl einlösen kann. Besonders beliebte Schulen
49 erhalten folglich die beste Finanzierung und Anreize, ihr Angebot weiter
50 auszubauen, um mehr Schüler anzuziehen. Schlechte Schulen auf der anderen Seite
51 müssen sich schnellstens überlegen, wie sie ein attraktives Angebot schaffen.

52 Dass alle Schulen die Bildungsstandards erreichen, wird anhand von zentralen und
53 vergleichbaren Tests abgeprüft. Hierfür soll neben der Zentralmatura eine
54 mittlere Reife eingeführt werden. Die Bildungsstandards sollen neben Deutsch-,
55 Mathematik-, und Englischkenntnissen auch wirtschaftliches wie finanzielles
56 Basiswissen („Financial Literacy“) umschließen.

57 **Erfolgsmodell Lehre in den Fokus**

58 Das österreichische Modell der dualen Lehrausbildung gilt international zurecht
59 als Erfolgskonzept, dennoch wird sie bei uns oft nur als Plan B betrachtet. Die
60 Lehre muss für Jugendliche zugänglicher und attraktiver gestaltet und durch
61 praxisnahe Berufsorientierung an Schulen bereits frühzeitig beworben werden.

62 Die Lehre soll einheitlich strukturiert, nämlich modular aufgebaut werden, und
63 stets die Option beinhalten, die Reifeprüfung abzulegen. Durch die Aufteilung in
64 Module ist ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Lehrausbildungen einfacher.
65 Berufsschulen sollen dazu zu „Berufsakademien“ aufgewertet werden, die eng
66 verschränkt mit Experten aus der Wirtschaft und anderen Bildungseinrichtungen,
67 etwa auch Hochschulen, zusammenarbeiten. Durch den modularen Aufbau können auch
68 Erwachsene sich an Berufsakademien weiter fortbilden und so ihren Horizont
69 erweitern. Berufsakademien sollen stets auch Meisterkurse anbieten.

70 Durch eine einheitliche Struktur der Lehre soll es auch einfacher möglich sein,
71 im Rahmen internationaler Austauschprogramme Erfahrung im Ausland zu sammeln.
72 Der Europäische Qualifikationsrahmen bietet hier bereits eine gute Grundlage und
73 soll weiter ausgebaut werden.

74 **Oxbridge und Ivy League, aber in Österreich**

75 Exzellenz soll in den österreichischen Hochschulen wieder ihre Heimat finden.
76 Dafür müssen alle Hochschulen miteinander in fairem Wettbewerb stehen, den sie
77 gewappnet mit größtmöglicher Autonomie bestreiten. Sie sollen selbst zu Trägern
78 ihrer Gebäude werden, frei in der Gestaltung von Lehre und Forschung sein, sowie
79 Hoheit über Personal, Auswahl der Studierenden und die Mittelverwendung haben.
80 Zwischen den einzelnen Hochschultypen sollen rechtlich keine Unterschiede
81 gemacht werden.

82 Die Finanzierung der Hochschulen wird durch ein Drei-Säulen-Modell aus privaten
83 Mitteln, staatlicher Studienplatzfinanzierung und nachgelagerten
84 Studienbeiträgen langfristig gesichert. Die staatliche Finanzierung soll sich
85 auf zwei Prozent des BIP belaufen und die Grundfinanzierung für Studium wie
86 Forschung sicherstellen.

87 Der Studienzugang kann durch Eignungskriterien geregelt sein, ein Studium darf
88 aber nicht aus finanziellen Überlegungen scheitern. Die Studienbeihilfe wird wie
89 andere Sozialleistungen vom liberalen Bürgergeld abgelöst, das explizit auch von
90 zielstrebigen Studierenden bezogen werden kann. Um zu hohe Studienbeiträge
91 vorzubeugen, kann die Höhe vom Bildungsministerium beschränkt werden, der Staat

92 stellt den Studierenden außerdem bei Wunsch ein Niedrigzinsdarlehen zur
93 Verfügung, die während des Erwerbslebens zurückgezahlt werden müssen.

94 Um eine schlagkräftige und tatsächlich im Sinne der Studierenden arbeitende
95 Studienvertretung sicherzustellen, wird die Mitgliedschaft in der
96 Hochschul:innenschaft freiwillig.

97 **Innovation durch Forschung**

98 Forschung und Wissenschaft sind für uns Treiber des Wohlstandes und des
99 Fortschrittes und entsprechend zu fördern. Für die Vergabe der Mittel ist die
100 Schaffung einer bundesweiten Forschungsstrategie und Bündelung der
101 Forschungsgagenden in einem Ministerium essenziell. Damit soll auch die
102 Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären
103 Forschungseinrichtungen forciert werden. Es muss allerdings auch hier ein
104 stärkerer Fokus auf private Mittel gelenkt werden. Public-Private Partnerships
105 sollen gefördert werden, um Synergieeffekte zu erzielen und zusätzliche
106 Finanzierungsquellen zu nutzen. Österreich soll so zum international
107 kompetitiven Wissenschaftsstandort werden und begabte Forscher aus der ganzen
108 Welt anziehen.

109 **Lebenslanges Flügelheben**

110 Gerade in Zeiten der rasenden Entwicklungen, von künstlicher Intelligenz über
111 neue Soft- und Hardwarelösungen, ist es nicht selbstverständlich immer am Ball
112 zu bleiben. Daher fordern wir eine Ausweitung der Absatzbeträge für persönliche
113 wie berufliche Fortbildung, sowie den unbürokratischen Zugang zu Einzelmodulen
114 an den neu geschaffenen Berufsakademien.

115 **Demokratie und Justiz**

116 Die liberale Demokratie auf den Standpfeilern der Gewaltentrennung, mit einem
117 selbstbewussten Parlament, einer effektiven Exekutive und einer unabhängigen
118 Justiz, gewährleisten Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtssicherheit.
119 Eine effektive Gewaltenteilung erfordert starke Institutionen und klare
120 Kompetenzverteilungen in Österreich. Hier wollen wir nachschärfen. Der Staat und
121 die Politik sollen dabei immer den Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Um dies
122 zu garantieren und insbesondere eine sinnvolle Verwendung von Steuermitteln
123 sicherzustellen, fordern wir eine Verschlinkung der Verwaltung und ein
124 Maßnahmenpaket für eine saubere Politik.

125 **Der Souverän ist das Volk**

126 Um die Menschen in Österreich zu ermächtigen und von den übermächtigen
127 politischen Strukturen zu befreien, braucht es eine echte Demokratie- und
128 Föderalismusreform. Durch einen Ausbau von direktdemokratischen Abstimmungen
129 sollen Bürger ermächtigt werden, stärker selbst an der politischen
130 Entscheidungsfindung teilzunehmen – die Schweiz macht es vor.

131 Um politischem Stillstand vorzubeugen, müssen Doppelgleisigkeiten durch eine
132 klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Ebenen Bund, Land und Gemeinde
133 reduziert werden. Gemeinden sollen dabei stark aufgewertet werden, befinden sie
134 sich immerhin am nächsten an der Lebensrealität der Menschen. Zur Steigerung der
135 Effizienz in der Verwaltung sollen die Gemeinden aber durch Zusammenlegungen
136 eine gewisse Mindestgröße haben. So sollen die Bundesländer langfristig als
137 reine Verwaltungseinheiten fungieren. Der Bundesrat soll außerdem zugunsten
138 eines starken Einkammerparlaments abgeschafft werden.

139 Um einer von Wahlerfolgen und Umfragen abhängiger Politik Einhalt zu gebieten,
140 die Narrative und Spins echter Sachpolitik vorzieht, soll ein Superwahljahr den
141 aktuellen Dauerwahlkampfzustand ablösen. In Zukunft sollen daher alle Wahlen,
142 gleich ob lokal oder bundesweit, innerhalb eines Jahres stattfinden und für
143 gesetzgebende Gremien eine einheitliche Legislaturperiode von fünf Jahren
144 gelten.

145 **Saubere Politik**

146 Der Staat dient den Bürgern – doch allzu oft sind diese Bittsteller von Politik
147 und Verwaltung. Um ein Handeln im Sinne der Bürger sicherzustellen, soll daher
148 jeder ein Recht auf Auskunft über die Tätigkeiten aller Behörden und politischen
149 Institutionen haben. Zusätzlich sollen alle öffentlichen Träger die Herkunft
150 sowie Verwendung ihrer Mittel transparent offenlegen.

151 Bei öffentlichen Förderungen sollen stets transparente und nachvollziehbare
152 Vergabeverfahren gelten und auch bei der Ausschreibung und Besetzung von
153 öffentlichen Stellen Transparenz und Objektivität gewahrt werden. Um zu
154 garantieren, dass die bestqualifizierten Personen bei der Postenbesetzung zum
155 Zug kommen, soll eine Anpassung der Auswahlverfahren nach europäischem Vorbild
156 erfolgen, dabei sollen bei Spitzenfunktionen verpflichtende öffentliche Hearings
157 stattfinden. Seilschaften müssen schonungslos offengelegt werden, widrigenfalls
158 kann der Auftrag oder die Besetzung nachträglich annulliert werden.

159 Politiker gestalten unser Land in Vertretung für alle Bürger, daher sollten für
160 sie besonders hohe Standards gelten. Diese sollen in einem Code of Conduct
161 abgebildet sein, den Politiker mit ihrer Angelobung unterzeichnen müssen. Dieser

162 soll unter anderem die Offenlegung von Interessenskonflikten sowie der
163 wahrgenommenen Stakeholder- und Lobbyistentreffen in ein öffentlich einsehbares
164 Register beinhalten. Wenn politische Entscheidungsträger im Rahmen ihrer
165 Funktion nachweislich rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, soll eine
166 zivilrechtliche Politikerhaftung greifen, etwaige Bußgelder fließen dem
167 Staatsbudget zu.

168 Um der Korruption in Österreich keine Chance zu geben, soll die Wirtschafts- und
169 Korruptionsstaatsanwaltschaft zusätzliche Planstellen erhalten.

170 **Medien - Die vierte Gewalt**

171 Eine freie, unabhängige, plurale und sachorientierte Medienlandschaft ist eine
172 tragende Säule der liberalen Demokratie, diese zu gewährleisten sohin primäre
173 Aufgabe des Staates. Die in Österreich etablierte Abhängigkeit der Medien von
174 Inseraten und anderen Förderungen von politischen Akteuren muss abgeschafft
175 werden.

176 Im Sinne der Medienvielfalt soll der ORF, der aktuell für eine starke Verzerrung
177 auf dem österreichischen Medienmarkt sorgt, teilprivatisiert werden. Öffentlich-
178 rechtliche Programme sollen sich insbesondere auf Information, Bildung, Politik
179 und Wissenschaft fokussieren. Hier ist ein hoher Standard an Objektivität und
180 Meinungsvielfalt geboten. Hierfür soll der ORF entpolitisiert werden, eine
181 fünfköpfige Kontrollkommission die politische Unabhängigkeit überprüfen.
182 Unterhaltungsprogramme sollen einzig den privaten Anbietern obliegen, die mit
183 den so erzielten Gewinnen wieder Informations- und Nachrichtenformate
184 finanzieren können. Ein wichtiger Beitrag zu mehr Medienvielfalt.

185 **Justiz und Recht**

186 Die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet, dass niemand über dem Gesetz steht,
187 auch nicht die Politik – sie schützt so die individuellen Rechte und Freiheiten
188 der Bürger und sorgt für faire und gerechte Verfahren. Um diese Unabhängigkeit
189 funktionell zu stärken, soll die Weisungsspitze der Staatsanwaltschaft dem
190 Justizministerium entzogen und einem unabhängigen Bundesstaatsanwalt übertragen
191 werden. Dieser soll auf Vorschlag des Nationalrats ernannt werden und auf eine
192 Periode von sechs Jahren beschränkt sein.

193 Für ein faires Justizsystem ist der Zugang zum Recht essenziell. Hürden in Form
194 hoher Gerichtsgebühren sollten dementsprechend abgeschafft werden. Die
195 Verteidigung des eigenen Rechts in einem Strafverfahren darf außerdem nicht zur
196 Strafe werden – nach einem Freispruch soll eine volle Entschädigung zustehen. Um

197 auch die Rechtsvertretung leistbarer zu machen, soll das Verbot der quota litis
198 für Anwälte abgeschafft werden. Zuletzt sind im Sinne der Rechtssicherheit
199 außerdem die Rechtsgeschäftsgebühren ersatzlos zu streichen.

200 **Verwaltung und Digitalisierung**

201 Die österreichische Verwaltung ist träge und ineffizient, einzelne Behördengänge
202 oft komplexer als eine Uniprüfung. Die Verwaltung soll daher radikal verschlankt
203 und bürokratische Prozesse stark vereinfacht werden.

204 Gebühren für grundlegende Services wie Strafregisterauszüge stellen nicht nur
205 einen unnötigen Verwaltungsaufwand dar, sondern sind auch ein Affront gegenüber
206 allen Steuerzahlern, und sollen daher abgeschafft werden. Außerdem sollen in der
207 Verwaltung moderne Kommunikationswege Einzug finden, das Fax hat seinen Zenit
208 längst überschritten. Um Österreich für internationale Fachkräfte attraktiver zu
209 machen, soll Englisch als zusätzliche Amtssprache eingeführt werden.

210 Ganz im Sinne einer schlanken Verwaltung sollen alle Behördengänge unkompliziert
211 digital möglich gemacht werden. Egal ob jemand einen Reisepass beantragen, ein
212 Unternehmen gründen oder eine Ehe schließen möchte, all dies soll mittels
213 weniger Schritte online durchführbar sein. Im Bereich Wahlen kann Estland als
214 Vorbild dienen. In einem ersten Schritt soll die online Teilnahmemöglichkeit bei
215 der Wahl von Interessenvertretungen, insbesondere der Arbeits- und
216 Wirtschaftskammer, eingeführt werden.

217 **Schutz der Privatsphäre**

218 Wir verstehen Privatsphäre als essenziellen Bestandteil von Freiheit und nicht
219 verhandelbares Bürgerrecht. Es geht den Staat nichts an, wo man seinen
220 Wocheneinkauf tätigt, welche Nachrichten man schreibt und mit wem man seine
221 Freizeit verbringt.

222 Die zunehmende Massenüberwachung im öffentlichen und privaten Raum lehnen wir
223 daher entschieden ab. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die
224 Klarnamenpflicht oder die viel diskutierte Chatkontrolle schießen weit über das
225 Ziel hinaus und sind im Hinblick auf die persönliche Freiheit nicht
226 rechtfertigbar. Wir bekennen uns zu einem starken Datenschutz.

227 **Generationengerechter Umgang mit Steuergeld**

228 Österreich hat in den letzten Jahrzehnten einen gigantischen Schuldenberg

229 angehäuft. Die Folgen dieser verschwenderischen Budgetpolitik hat die junge
230 Generation zu stemmen. Um diesen Schuldenrucksack zu reduzieren, fordern wir die
231 Einführung einer strengen Schuldenbremse im Verfassungsrang. Diese soll nicht
232 nur die Staatsverschuldung begrenzen, sondern auch verbindliche Vorgaben zur
233 Schuldenreduzierung bis zur kompletten Entschuldung enthalten. Das
234 Haushaltsbudget soll jeweils über den Konjunkturzyklus zumindest ausgeglichen
235 werden.

236 Hauptgrund für die hohe Verschuldung Österreichs sind die seit dem zweiten
237 Weltkrieg stetig steigenden Staatsausgaben. Wir fordern daher die Einführung
238 einer Ausgabenbremse im Verfassungsrang, die festlegen soll, dass das
239 Ausgabenwachstum nicht die Inflation übersteigen darf, wenn die Verschuldung
240 über 60 Prozent des jährlichen BIPs ausmacht. Außerdem soll das jährliche Budget
241 des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans erstellt werden, welches
242 den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen zuweist.

243 Die moderne Errungenschaft effektiver sozialer Sicherungsnetze muss anerkannt
244 werden. Gleichzeitig ist aber die Pflicht jedes Mitglieds unserer Gesellschaft,
245 diese nur in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen, die seiner unverschuldeten
246 Notlage entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es auch eine
247 Verpflichtung des Staats, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung
248 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige
249 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der
250 Gegenwart zu vernachlässigen. Es soll daher ebenfalls im Verfassungsrang
251 festgelegt werden, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben 40 Prozent der
252 staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten dürfen,
253 wobei es einen Konsultationsmechanismus mit Ländern und Gemeinden geben soll.

254 **Trennung von Kirche und Staat**

255 Eine aufgeklärte, freie Gesellschaft sichert eine klare Trennung von Kirche und
256 Staat. Die vielen Sonderrechte von Religionsgemeinschaften gegenüber anderen
257 (weltanschaulichen) Organisationen widersprechen dieser Trennung. Sie stellen
258 eine nicht nachvollziehbare Bevorzugung gegenüber säkularen Einrichtungen dar.
259 Wieso sollte die Kirche gegenüber einem Museum bessergestellt sein? Um mit
260 diesen Sonderprivilegien endgültig zu brechen, muss das Konkordat aufgekündigt
261 werden.

262 Religion ist Privatsache und geht den Staat nichts an. Die Mitbetreuung von
263 organisatorischen Prozessen von Religionsgemeinschaften durch Behörden ist
264 genauso überholt wie die Erhebung von Daten zur Religionszugehörigkeit.
265 Öffentliche Gebäude sollen als neutrale Orte keine religiösen Symbole zur Schau
266 stellen. Konfessioneller Religionsunterricht darf an staatlichen Schulen nicht

267 verpflichtet sein – an dessen Stelle soll ein Ethikunterricht treten, der nicht
268 nur verschiedene weltanschauliche Zugänge thematisiert, sondern auch die Werte
269 unserer Verfassung vermittelt.

270 **Selbstbestimmtes Leben**

271 Zu oft regiert in Österreich ein System paternalistischer Bevormundung, das die
272 Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger zugunsten einer vermeintlich
273 wohlgemeinten Bevormundungs- oder Sicherheitspolitik unterwandert. Schluss
274 damit. Österreich soll ein Land der Entfaltung werden, in dem jeder frei in
275 seinen Entscheidungen ist, offen seine Meinung sagen kann und nicht durch
276 moralische Zwänge und Regeln eingeengt wird.

277 **Liberale Drogenpolitik**

278 Die Kriminalisierung von Drogen verhindert deren Konsum nicht, sorgt aber für
279 Stigmatisierung und birgt einige negative Nebenwirkungen – so entsteht etwa eine
280 zunehmende Beschaffungskriminalität und es kommen verunreinigte und gestreckte
281 Drogen in Umlauf. Ein verantwortungsvoller Umgang kann nicht durch Verbote
282 geschaffen werden, sondern nur durch aktive Bewusstseinsbildung.

283 Jedes Individuum soll selbst entscheiden können, welche Substanzen es
284 konsumiert, daher fordern wir die Legalisierung aller Drogen. In einem freien
285 Markt profitieren Konsumenten durch den legalen Wettbewerb zwischen
286 verschiedenen Anbietern und von der höheren Qualität der Produkte. Die durch
287 Besteuerung neu gewonnenen bzw. durch ein Einstellen der exzessiven
288 Strafverfolgung freigewordenen Mittel sollen für Aufklärungs- und
289 Präventionsarbeit über die Gefahren von Drogenkonsum eingesetzt werden.
290 Insbesondere soll in Österreich die kontrollierte Freigabe von Cannabis
291 umgesetzt und der gewerbliche Verkauf von Snus erlaubt werden.

292 **Öffnungszeiten und Sperrzeiten frei von Biedermeier-** 293 **Sentimenten**

294 Während im Süden wie im Norden, in Italien wie Schweden, der Einzelhandel länger
295 und auch sonntags offen hat, bleibt dies in Österreich größtenteils verboten. Diese
296 Regel geht völlig an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Wir setzen uns
297 daher für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein, sodass der Handel
298 auch an Sonn- und Feiertagen, sowie rund um die Uhr, aufsperrbar darf.
299 Insbesondere in Zeiten des Onlinehandels soll durch diese Lockerung ein massiver
300 Wettbewerbsnachteil für heimische Betriebe abgebaut werden.

301 Auch die frühe Sperrstunde in der Gastronomie schränkt die Lebensqualität
302 insbesondere junger Leute stark ein, da das Nachtleben davon besonders betroffen
303 ist. Wir fordern daher die Abschaffung der Sperrstunden für Gaststätten und die
304 Einschränkung von Nachbarschaftsrechten wegen Lärmbelastung in belebten (Stadt-
305)Zentren. Wer in einen belebten Ort zieht, sollte sich nachher nicht über Lärm
306 und Trubel beschweren.

307 **Freie Fahrt für freie Bürger**

308 Insbesondere für die Jugend ist Mobilität der Schlüssel zur Freiheit. Deshalb
309 fordern wir einerseits den beschleunigten Öffi-Ausbau, sehen aber andererseits
310 einen völligen Abgang von der Individualmobilität als impraktikabel und
311 unrealistisch. Insbesondere in der ländlichen Region wird man weiterhin auf das
312 Auto und den Führerschein angewiesen sein.

313 Die Kosten für einen Führerschein steigen aber immer weiter und sind vielen
314 Jugendlichen schier zu teuer. Kein Wunder, wenn man sich die Regulierungen im
315 Fahrschulbereich anschaut. So erfordert die Neueröffnung einer Fahrschule unter
316 anderem langwierige Berufserfahrung in einer anderen Fahrschule, die wiederum
317 kein Interesse an potenzieller Konkurrenz haben. Die wenigen existierenden
318 Fahrschulen können sich den Markt so richten wie es ihnen passt. Das
319 Führerschein- und Fahrschulwesen ist grundlegend zu reformieren.

320 **Eine Sportdefinition, die dem 21. Jahrhundert gerecht wird**

321 In Österreich entscheidet der Staat, welche Aktivitäten als Sport anzuerkennen
322 sind. Während dies auf den ersten Blick nicht weiter relevant erscheint,
323 schließen sich an die gewählte Sportdefinition eine Reihe an Privilegien, von
324 Steuervorteilen bis zu Förderungen.

325 Um den Realitäten des 21. Jahrhundert gerecht zu werden, muss die
326 Sportdefinition dringend geupdatet werden. E-Sport soll in Österreich endlich
327 als offizielle Sportart anerkannt werden. Die stark kompetitive Szene ist
328 geprägt von großen Turnieren, die mit herkömmlichen Sportbewerben längst
329 mithalten können. Da es eine große Zahl verschiedener E-Sport-Titel gibt, sollen
330 bestimmte Indikatoren wie Wettbewerbsfähigkeit, taktisches Geschick oder
331 Reaktionsgeschwindigkeit festgelegt werden, anhand derer die Einstufung
332 einzelner Titel als gemeinnütziger Sport vorgenommen werden kann.

333 **Füreinander Verantwortung übernehmen**

334 Familie heißt für das Leben anderer Menschen Verantwortung zu übernehmen. Das

335 derzeit vom Staat vorgegebene Familienbild beschneidet viele Menschen in ihrer
336 Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir fordern daher einen
337 einheitlichen rechtlichen Rahmen für eine Gemeinschaft selbstbestimmt lebender,
338 erwachsener Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, inklusive aller
339 damit einhergehender Rechte und Pflichten: die liberale
340 Verantwortungsgemeinschaft.

341 Diese soll unabhängig von einer sexuellen oder romantischen Beziehung zueinander
342 zwischen zwei oder mehreren Menschen geschlossen werden können. Unabhängig von
343 biologischer Abstammung soll auch die Begründung des Eltern-Kind-Verhältnisses
344 in der Verantwortungsgemeinschaft durch Adoption möglich sein. Sie bietet somit
345 sowohl Familien zweier Menschen mit Kindern als auch anderen Gemeinschaften
346 mehrerer erwachsener Menschen einen abgesicherten Rahmen Verantwortung zu
347 übernehmen.

348 **Legalisierung der Leihmutterschaft**

349 In unserer Gesellschaft gibt es zahlreiche Menschen, die nicht in der Lage sind,
350 auf natürliche Weise ein Kind zu bekommen. Dennoch sind viele von ihnen bereit,
351 Verantwortung für die Erziehung eines Kindes zu übernehmen und hegen den Wunsch,
352 ein biologisches Kind zu haben. Bedauerlicherweise bleibt dieser Traum meist
353 unerfüllt.

354 Aus diesem Grund soll die Möglichkeit der Leihmutterschaft geschaffen werden.
355 Bei der Leihmutterschaft trägt eine Frau ein Kind aus, mit dem sie genetisch
356 nicht verwandt ist und daher auch rechtlich nicht als Elternteil des Kindes
357 gilt. Nach Geburt wird die Erziehung daher an die biologischen Eltern übergeben.
358 Damit gibt sie anderen Personen die Chance, den Traum der (biologischen)
359 Elternschaft zu verwirklichen.

360 **Sichere Schwangerschaftsabbrüche**

361 Schwangerschaften sind nicht immer geplant, und es kommt vor, dass Schwangere,
362 beispielsweise aufgrund ihrer Lebensumstände, nicht den Wunsch oder die Kraft
363 haben, ein Kind zu bekommen. Wir erkennen daher an, dass es wichtig ist, dass es
364 in Österreich die legale Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs gibt.

365 Dafür muss auch ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stehen. Fortan sollen
366 daher in allen Landeskrankenhäusern, die über eine Gebärstation verfügen,
367 Schwangerschaftsabbrüche möglich sein. Dennoch soll jeder Arzt die Möglichkeit
368 haben, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs aus ethischen Gründen
369 abzulehnen.

370 **Leistung vor Quote**

371 Letztlich ist auch festzuhalten, was den Idealen eines liberalen,
372 selbstbestimmten Lebens widerspricht. Im Rahmen aktueller Diskussion ist
373 insbesondere hervorzuheben, dass Quoten unsere Idealen diametral gegenüberstehen
374 – Leistung und Kompetenz sollen zählen, niemand soll auf sein Geschlecht, die
375 ethnische Zugehörigkeit oder vergleichbare Merkmale reduziert werden.

376 **Freiheit durch Gleichberechtigung**

377 Das staatliche Karenzmodell sollte das Prinzip einer gleichberechtigten
378 Familienverantwortung und bestmöglichen frühkindlichen Bildung fördern. Aus
379 diesem Grund soll der Anspruch auf Karenzzeit individualisiert werden, sodass
380 jedem Sorgeberechtigten sechs Monate zustehen, die nicht übertragbar sind. Diese
381 Karenzzeit kann innerhalb der ersten 14 Monate nach der Geburt angetreten
382 werden.

383 **Meinungsfreiheit hochhalten**

384 Der politische Diskurs ist geprägt von Meinungsblasen, einer Unfähigkeit andere
385 Argumente gelten zu lassen und einer fortschreitenden Polarisierung. Das Letzte,
386 was Österreich braucht, ist ein Überschwappen amerikanischer No-Platform-
387 Bewegungen. Eine Gesellschaft, in der eine kleine, laute Gruppe die bestehenden
388 Meinungen in gut und böse, moralisch und amoralisch aufteilt, bietet den besten
389 Nährboden für die Extreme. Solchen Tendenzen ist entschieden entgegenzutreten.
390 Wer nicht frei sprechen darf, wird mit der Zeit auch nicht mehr frei denken
391 können.

392 **Die Grenzen des Strafrechts**

393 Leitendes Prinzip liberaler Politik ist die größtmögliche Freiheit des Einzelnen
394 – das Strafrecht sollte geleitet von diesem Prinzip rein dem Schutz vor
395 widerrechtlichen Eingriffen durch andere dienen. Verbrechen ohne Opfer wie
396 beispielsweise Drogenkonsum sind von diesem Standpunkt aus nicht im Strafrecht
397 abbildbar. Zudem ist in Österreich das Gleichgewicht zwischen persönlichen
398 Freiheitsrechten wie der Meinungsfreiheit und dem Recht auf körperliche und
399 geistige Unversehrtheit derzeit stark zu Lasten der Freiheit ausgerichtet. Wir
400 fordern daher eine Reform des Strafrechts und die Abschaffung überbordender
401 Tatbestände wie „Beleidigung“ und „Herabwürdigung religiöser Lehren“.

402 **Wirtschaft und Arbeit**

403 Ein liberales Wirtschaftssystem, gründend auf Eigentums- und Vertragsfreiheit,
404 stellt den Dreh- und Angelpunkt eines funktionierenden Gesellschaftssystems dar,
405 das steigenden Wohlstand, Arbeitsplätze und Selbstverwirklichung für alle
406 Menschen ermöglicht. Insbesondere junge Menschen wollen anpacken und etwas
407 erreichen – wir müssen dafür sorgen, dass ihnen dabei keine Steine in den Weg
408 gelegt werden.

409 **Freies Unternehmertum statt Überregulierung**

410 Nicht der Staat schafft und sichert den Wohlstand in Österreich, sondern unsere
411 (Klein- und Mittel) Unternehmer. Diese schaffen Arbeitsplätze und produzieren
412 die benötigten Güter bzw. bieten entsprechende Dienstleistungen an. Sie sind, in
413 anderen Worten, die Experten im Bereich Wirtschaft. In diesem Sinne muss sich
414 die staatliche Regulierung darauf beschränken, Mindeststandards für den Schutz
415 von Arbeitnehmern und Konsumenten zu garantieren. Um der Überregulierung in
416 Österreich Einhalt zu gebieten, soll der Gesetzgeber kurz- bis mittelfristig für
417 jede neue Regulierung, die Unternehmen betrifft, zwei Regulierungen außer Kraft
418 setzen. Richtschnur soll hierbei sein, dass jeder Euro an Mehrkosten durch den
419 doppelten Betrag an Erleichterungen kompensiert wird.

420 Um innovatives Unternehmertum nicht weiter zu behindern, soll auch eine
421 komplette Neuorganisation der Gewerbeordnung erfolgen, sodass nur noch Gewerbe
422 reguliert werden, die Leib und Leben unmittelbar bedrohen. Ebenso sind
423 staatlicher Gebietsschutz und die Beschränkung der Öffnungszeiten veraltet und
424 gehören abgeschafft.

425 **Startups und Innovation**

426 Neugründungen und Startups sind entscheidend für die Förderung von Innovation,
427 machen die Wirtschaft diverser und widerstandsfähiger und tragen maßgeblich zur
428 Gestaltung der Zukunft bei. Wer heute ein Unternehmen gründen will, stößt
429 allerdings auf viele unnötige bürokratische und finanzielle Hürden. Daher
430 braucht es eine Vereinfachung und Verbilligung von Gründungsprozessen - die
431 Gründung einer Gesellschaft soll ohne hohe Kosten und formale Erschwernisse
432 innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Zudem sollen die Kammerbeiträge im
433 Gründungsjahr entfallen und, sollte ein Unternehmen im ersten Jahr bereits
434 Personal beschäftigen, sämtliche Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter
435 eines Unternehmens im ersten Jahr ausgesetzt werden.

436 Es soll außerdem ein teilprivatisierter Gründungsfonds geschaffen werden, der
437 schnell und unbürokratisch Gründungskredite an junge Unternehmer vergibt.
438 Investitionen in den Fonds sollen KEST-befreit geleistet werden können. Der

439 Fonds kann so als Risikokapitalgeber fungieren und innovative Startups
440 unterstützen, die zwar vielversprechende Ideen haben, jedoch nicht über
441 ausreichende Sicherheiten verfügen, um herkömmliche Bankkredite zu erhalten.

442 Die Einführung einer Austria Limited als Gesellschaftsform soll jungen
443 Unternehmern die Gründung einer Kapitalgesellschaft erleichtern. Die Austria
444 Limited verfügt über Rechtspersönlichkeit und bietet die typische beschränkte
445 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €
446 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren, können nur
447 natürliche Personen Inhaber sein. Wenn die Austria Limited einen Umsatz von 1
448 Mio. € oder zweimal hintereinander 700.000 € erreicht, wird sie automatisch in
449 eine GmbH umgewandelt. Der noch ausstehende Betrag für die Mindesteinlage einer
450 GmbH muss zu diesem Zeitpunkt aufgezahlt bzw. eingebracht und von der Steuer
451 befreit werden.

452 Um Österreich auch als internationalen Start-Up Hotspot etablieren zu können,
453 sollen durch eine europäische e-Residency nach estnischem Vorbild auch Personen
454 aus Drittstaaten an der österreichischen Wirtschaft teilnehmen und Unternehmen
455 gründen können.

456 **Tschüss Kammerstaat**

457 Interessenvertretungen spielen zweifellos eine entscheidende Rolle bei der
458 Koordination von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Die stärksten
459 Interessenvertretungen, wie in Österreich die Gewerkschaften, leben aber von
460 einer freiwilligen Mitgliedschaft. Denn nur so ist eine Interessenvertretung
461 gezwungen für ihre Mitglieder effektiv zu arbeiten und kann sich nicht auf einem
462 immerwährenden Geldfluss ihrer Zwangsbeiträge ausruhen. Daher sollen die
463 bestehenden Zwangsmitgliedschaften abgeschafft werden. Bis zur Einführung der
464 freiwilligen Mitgliedschaft, die dann auch kompetitivere Beitragshöhen mit sich
465 bringt, sollen die verpflichtenden Umlagen der Kammern drastisch gesenkt werden.
466 Darüber hinaus sind in der österreichischen Verfassung verankerte Kammern nicht
467 notwendig, da freiwillige Interessenvertretungen ausreichend Möglichkeiten
468 bieten, sich vertreten zu lassen.

469 **Weniger Steuern, mehr Freiheit**

470 Die Steuerlast in Österreich ist im internationalen Vergleich erdrückend hoch,
471 wodurch für viele Bürger das Leben kaum noch leistbar ist. Ein gerechtes
472 Steuersystem entlastet nicht nur den Faktor Arbeit, sondern minimiert auch die
473 Verwaltungskosten und streicht Ausnahmeregelungen einzelner einflussreicher
474 Interessensgruppen. Durch Simplizität und Effizienz kann das Steuersystem

475 gerecht und transparent gestaltet werden.

476 Die Einkommensteuer soll radikal auf einen einheitlichen Steuersatz von 25%
477 gesenkt werden. Der Freibetrag soll dabei der Armutsgrenze entsprechen und
478 jährlich angepasst werden, wodurch sich eine indirekte Progression im Steuersatz
479 ergibt, da der Grenz- und Durchschnittssteuersatz mit zunehmendem Einkommen
480 ansteigen. Auch das Einkommen von Körperschaften soll einheitlich mit 25%
481 besteuert werden.

482 Generell befürworten wir eine Senkung der Steuerlast und setzen uns gegen die
483 Einführung neuer Steuern ein. Bagatellsteuern wie die Biersteuer, die nur einen
484 marginalen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, sollen abgeschafft
485 werden. Eine neue Substanzsteuer auf Vermögen lehnen wir als groben Eingriff in
486 das Recht auf Eigentum und zwangsläufig auch in das Recht auf Privatsphäre
487 entschieden ab.

488 Um eine nachhaltige Verringerung der Steuer- und Abgabenlast zu erwirken, soll
489 eine Steuer- und Abgabenobergrenze im Verfassungsrang eingeführt werden.
490 Budgetentwürfe des Bundes sollen dabei nicht so ausgestaltet werden dürfen, dass
491 sie zu einer Steuer- und Abgabenbelastung führen, die den Wert von 40 Prozent
492 des BIPs übersteigt.

493 **Freie und flexible Arbeitswelt**

494 Überbordende staatliche, aber auch sozialpartnerschaftliche Interventionen und
495 Erschwernisse zu Lasten der Freiheit der Arbeitnehmer schaden dem Arbeitsmarkt.
496 Der Staat soll auch hier lediglich Mindeststandards zum Schutz von Leib und
497 Leben festschreiben. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dringend
498 entbürokratisiert werden, sodass es für Unternehmen leichter wird neue
499 Arbeitskräfte einzustellen.

500 Wir sind entschieden gegen gesetzliche Mindestlöhne. Solche Vorschriften schaden
501 dem Standort Österreich und bringen das Gleichgewicht zwischen Entlohnung und
502 Produktivität aus dem Lot. Ebenso lehnen wir wirtschaftsschädigende Maßnahmen
503 wie eine gesetzlich vorgeschriebene 32-Stunden-Woche ab. Vereinbarungen sollen
504 zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf individueller oder betrieblicher Ebene
505 getroffen werden – um dabei unterschiedliche Arbeits- und Lebensrealitäten
506 abbilden zu können, soll es einen größtmöglichen gesetzlichen Spielraum geben.

507 Durch eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten sollen sowohl Arbeitnehmer als
508 auch Arbeitgeber entlastet werden. Das erleichtert es Unternehmen beispielsweise
509 neue Mitarbeiter einzustellen und Arbeitnehmer profitieren von höheren

510 Nettolöhnen. Unter anderem soll Arbeitnehmern durch die Zusammenlegung der
511 staatlichen Krankenkassen und die Abschaffung der Pflichtversicherung mehr Geld
512 übrigbleiben, das sie frei für ein Paket an zusätzlicher sozialer Absicherung
513 ihrer Wahl einsetzen können.

514 **Fachkräfte willkommen heißen**

515 Die österreichische Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen. Ein wichtiger
516 Baustein, um den Fachkräftemangel zu lindern, ist eine sinnvolle Strategie für
517 qualifizierte Zuwanderung. Wir sehen geordnete Zuwanderung als Chance, unserer
518 demographischen Entwicklung und dem derzeitigen Fachkräftemangel
519 entgegenzutreten. Wir müssen das System bestehend aus quotenbasierten
520 Aufenthaltstiteln, Saisonier-Kontingenten und reformbedürftiger Rot-Weiß Rot-
521 Card, erneuern und auf ein Kriteriensystem nach dem Vorbild Kanadas auf
522 europäischer Ebene hinarbeiten.

523 **Soziales und Gesundheit**

524 Die Freiheit des Einzelnen ist für uns das höchste Gut in einer Gesellschaft. Um
525 diese Freiheit und Unabhängigkeit in allen Lebenslagen zu bewahren, braucht es
526 ein staatliches Sozialsystem als Auffangnetz, das die Würde des Individuums auch
527 in Zeiten von persönlichen Rückschlägen oder gesundheitlichen Notlagen schützt
528 und stets ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert.

529 **Liberales Bürgergeld - Eine radikale Neuordnung des** 530 **Sozialsystems**

531 Ein prägendes Leitmotiv unseres Weltbildes und Konsequenz jeder Freiheit bleibt
532 die Eigenverantwortung. Wenn Bürger in Notlagen kommen, ist es jedoch Aufgabe
533 der Gesellschaft, diesen Menschen die Hand zu reichen und ihnen wieder auf die
534 Beine zu helfen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, soll ein liberales
535 Bürgergeld eingeführt werden. Dieses tritt an die Stelle aller anderer
536 Sozialleistungen und bündelt in einem übersichtlichen, effizienten und gerechten
537 System finanzielle Mittel des Lebensunterhaltes.

538 Das liberale Bürgergeld folgt dabei folgendem Modus: Zuerst wird ein
539 Grundeinkommen festgelegt, dies stellt den Höchstbetrag dar, der ausgezahlt
540 werden kann, und somit auch den Mindestbetrag, den ein Mensch in Österreich zum
541 Leben hat. Das volle Grundeinkommen wird dann ausgezahlt, wenn ein Bürger gar
542 keine Einkünfte erzielt. Sobald man aber ein Einkommen hat, wird das ausgezahlte
543 Bürgergeld entsprechend dem gewählten Referenzsatz reduziert. Dieser
544 Referenzsatz ist dabei jedenfalls unter 50% anzusetzen, sodass jeder selbständig

545 verdiente Euro einen Zugewinn darstellt. Zur Illustration: Bei einem
546 Referenzsatz von exakt 50% und einem Grundeinkommen von 1.000 € würde Peter ganz
547 ohne selbständige Einkünfte exakt 1.000 € ausbezahlt bekommen, während Sandra
548 mit selbständigen Einkünften in Höhe von 1.000 € exakt 1.500 € in der Tasche
549 blieben. Die exakten Werte orientieren sich an Referenzbudgets, die unter
550 Mitwirkung von Experten und Betroffenen erstellt und evaluiert werden.

551 Das liberale Bürgergeld bietet außerdem ein System beispielloser
552 Übersichtlichkeit und Effizienz, das eine radikale Reduktion der
553 Verwaltungskosten mit sich bringt. Durch die hohe Treffsicherheit und
554 Transparenz ist das liberale Bürgergeld das gerechteste und sozial
555 verantwortlichste System, das gleichermaßen als Auffangnetz bei Notlagen
556 bereitsteht, aber keinesfalls als dauerhafte Hängematte dient.

557 **Fördern und fordern**

558 Durch den ständig bestehenden Arbeitsanreiz, der dem liberalen Bürgergeld
559 zugrunde liegt, werden Inaktivitätsfallen und damit einhergehende Abhängigkeiten
560 verhindert und der Wiedereintritt in Eigenverantwortung und Autonomie gefördert.
561 Als letzten Schritt sind Sanktionen bei Nicht-Aannahme einer zumutbaren
562 Arbeitsstelle in Form von Kürzungen von Sach- und Geldleistungen vorgesehen.
563 Arbeitssuchenden ist außerdem der Arbeitseintritt durch Hilfestellungen zur
564 Weiterbildung zu erleichtern. Hierfür sollen Langzeitarbeitslosen spezielle
565 Bildungsschecks zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine Weiterbildung
566 ihrer Wahl einsetzen können.

567 **Hochqualitative Gesundheitsversorgung durch eine** 568 **Versicherungspflicht**

569 Qualität, Effizienz und Innovation entstehen durch Wettbewerb. Das gilt auch, wo
570 es um Leben und Tod geht. Deshalb wollen wir anstatt des derzeitigen Systems der
571 staatlichen Pflichtversicherung eine Versicherungspflicht einführen. Die
572 Versicherung muss dabei einen gesetzlich festgelegten Mindeststandard an
573 Leistungen umfassen. Bürger haben dabei die Wahl zwischen diversen privaten und
574 einem öffentlichen Anbieter.

575 Bei privaten Krankenversicherungen ist es essenziell, dem Versicherer ohne
576 Vorbehalt vertrauen zu können. Daher muss eine hohe Risikoabsicherung und
577 Eigenkapitalquote festgeschrieben werden. Auf Seite der Versicherungsnehmer kann
578 und soll der Lebensstil die Versicherungsprämien beeinflussen. So könnten die
579 Beiträge, wie beispielsweise in Deutschland Usus, sinken, wenn man mehrere
580 Vorsorgeuntersuchungen absolviert.

581 Im öffentlichen Bereich erfordert der aktuell verantwortungslose Umgang mit
582 öffentlichen Mitteln eine grundlegende Strukturbereinigung, wobei nicht bei den
583 Patienten gespart werden darf. Deshalb wollen wir Schluss mit dem ineffizienten
584 und viel zu teuren Versicherungssystem machen und fordern die sofortige
585 Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer einzigen staatlichen Kasse.

586 Die Organisation der Kasse soll sich an internationalen Best-Practice-Beispielen
587 orientieren, straff und effizient aufgebaut sein und sämtliche Partei- und
588 Klientelpolitik außen vor lassen. Zu den Aufgaben dieser staatlichen
589 Krankenkasse sollen sowohl medizinische Grundversorgung, Prävention als auch
590 Pflege zählen.

591 **Moderne Gesundheitsinfrastruktur**

592 In einem nationalen Gesundheitskonzept stammen Versorgung, Prävention, und
593 Pflege aus einer Feder. So kann eine verbindliche Planung der öffentlichen
594 Gesundheitsinfrastruktur auf Basis gesundheitspolitischer Kriterien und abseits
595 von Prestigeüberlegungen gelingen. Dafür muss die Hoheit über die
596 Spitalsinfrastruktur dem Bund übertragen werden.

597 Krankenhäuser und ihre Notaufnahmen müssen entlastet werden.
598 Primärversorgungszentren, in denen mehrere Ärzte und weiteres medizinisches
599 Personal arbeiten, sollen als erste Anlaufstelle für Patienten dienen. Nur bei
600 Bedarf soll eine Zuweisung an Fachärzte innerhalb eines Versorgungszentrums oder
601 an andere Gesundheitseinrichtungen erfolgen.

602 Zusätzlich muss die medizinische Ausbildung reformiert werden, hin zu mehr
603 Praxisorientierung. Medizinisch-pflegerischem, -technischem oder pharmazeutischem
604 Personal soll bei Erlangen der entsprechenden Fähigkeiten außerdem mehr
605 medizinische Kompetenz eingeräumt werden. Dies gibt diesen Berufsständen
606 Aufstiegsperspektiven, entlastet Ärzte in ihrer Arbeit und führt allgemein zu
607 einem effizienteren Arbeitsablauf.

608 **Der mündige Patient**

609 Wir stellen die Mündigkeit des Patienten in den Mittelpunkt des
610 Gesundheitssystems, da nur dieser volle Verantwortung für sich und seine
611 Gesundheit tragen kann. Der mündige Patient gestaltet seinen Genesungsprozess
612 aktiv mit. Er entscheidet, wenn möglich, nach Aufklärung und Beratung gemeinsam
613 mit seinem Arzt über die anzuwendende Behandlung.

614 In der Konsequenz ist es auch Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben ein Ende

615 zu setzen, in Einklang mit den eigenen Vorstellungen von Lebensqualität und
616 Sinnhaftigkeit. Dieser Akt autonomer Selbstbestimmung ist von Staat und
617 Gesellschaft zu respektieren. Dafür soll und darf auch bei Dritten Hilfe gesucht
618 und in Anspruch genommen werden. Im Rahmen des Gesundheitssystems, muss auch die
619 aktive Sterbehilfe ermöglicht werden – inklusive des Zugangs zu entsprechenden
620 Medikamenten.

621 **Pensionen und Kapitalvorsorge**

622 Der in Österreich beschworene Generationenvertrag ist gescheitert. Dies
623 bestätigt ein Blick auf Österreichs Demographie. Es ist mathematisch
624 ausgeschlossen, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der jüngeren Zeit während
625 ihrer Erwerbstätigkeit die Pensionszahlungen der Babyboomer finanzieren können.
626 Das Pensionssystem wird von einer untätigen, wahlgetriebenen Politik gegen die
627 Wand gefahren – zu Lasten der Jungen Generationen. Wir fordern daher einen
628 Systemwechsel: Durch ein Beitragssystem sichert sich jeder Bürger durch seine
629 Beiträge die eigene Altersvorsorge, durch eine Aktienpension wird ein Teil der
630 allgemeinen Beiträge langfristig wertsteigernd veranlagt und durch zukunftsfitte
631 Kapitalmarktmarktpolitik wird die private, individuelle Vorsorge erleichtert.

632 **Generationengerechtes Beitragssystem**

633 Eine echte Pensionsreform: weg vom demographisch unhaltbaren Umlageverfahren hin
634 zu einem zukunftsfittem Beitragssystem. In diesem System hat jeder Bürger sein
635 eigenes Pensionskonto, über dessen Status Quo regelmäßig Auskunft erteilt wird.
636 Entsprechend der statistisch zu erwartenden Lebenserwartung werden dann auch die
637 aktuell bestehenden Möglichkeiten von Pensionsauszahlungen angezeigt. Diese
638 variieren, je nach gewünschtem Pensionseintritt, automatisch entsprechend der
639 unterschiedlichen Laufzeit. Ein Regelpensionsalter existiert nicht. Die
640 Inanspruchnahme der Pensionsauszahlungen kann erfolgen, sobald ein Mindestniveau
641 an monatlicher Auszahlung (= Existenzminimum) erreicht wurde. Die Umsetzung
642 dieser Reform der ersten Säule des Pensionssystems, ist natürlich nur
643 stufenweise und zeitlich gestreckt möglich.

644 Sollten die eigenen Pensionsbeiträge keine ausreichende Altersvorsorge
645 sicherstellen, greift auch bei den Pensionen das System des liberalen
646 Bürgergeldes. So rentiert sich jeder für die eigene Pension eingezahlte Euro
647 weiterhin, wobei gleichzeitig effektiv gegen Altersarmut geschützt wird.

648 Gleichzeitig muss sich Arbeit und Zuverdienst auch im Pensionsalter lohnen und
649 erlaubt sein. Wir fordern daher, dass auf Wunsch vorerst auch nur eine
650 Teilpension in Höhe von 25%, 50% oder 75% der monatlichen Pensionszahlungen

651 konsumiert werden kann, wenn zum Beispiel noch einer geringen Erwerbstätigkeit
652 nachgegangen wird. Die dadurch eingesparten Pensionszahlungen können dann später
653 abgerufen werden.

654 **Aktienpension**

655 Unter den Überbegriff Aktienpension fallen pensionssichernde Lösungen, die auf
656 dem Kapitalmarkt basieren. Wir fordern die Einführung eines Staatsfonds nach
657 Vorbild Schwedens als Ergänzung der ersten Säule unseres Pensionssystems. Dieser
658 Fond soll mit mindestens einer Milliarde Euro gedeckt sein, die Betreuung soll
659 ausgeschrieben werden und im Resultat unabhängigen, professionellen
660 Anlegeinstitutionen obliegen. Durch diesen Staatsfonds werden die in das
661 aktuelle Umlagesystem oder das noch umzusetzende Beitragssystem eingezahlten
662 Beiträge kapitalgedeckt veranlagt. Langfristig steigt somit das Volumen der
663 Gelder in der ersten Säule.

664 Zusätzlich muss auch die individuelle Pensionsvorsorge gestärkt werden.
665 Einerseits soll jeder Bürger einen Teil seines Einkommens zur Veranlagung
666 steuerfrei in den neuen Staatsfonds einzahlen können, um so seine Pension zu
667 stärken. Andererseits soll die betriebliche Zusatzvorsorge geöffnet werden,
668 sodass Arbeitnehmer hier entsprechend ihren Bedürfnissen in eine Vorsorgekasse
669 ihrer Wahl einzahlen können, um so unkompliziert und ohne Kosten vom
670 Kapitalmarkt profitieren zu können.

671 **Individuelle Kapitalvorsorge fördern**

672 Bis zu einer echten Pensionsreform bleibt die individuelle Kapital- und
673 Altersvorsorge unerlässlich. Das absolute Mindestmaß an Verantwortung für die
674 nächste Generation, das vom österreichischen Gesetzgeber zu erwarten ist, ist
675 daher die Vereinfachung und Entlastung der individuellen Vorsorge.

676 Essenziell ist dafür die Wiedereinführung der Behaltefrist von einem Jahr, in
677 der Form, wie sie bereits bis 2012 in Kraft war. So entfällt für private Anleger
678 die KEST auf Kursgewinne für langfristig gehaltene Wertpapiere. Zusätzlich soll
679 es vereinfacht werden, sein Aktiendepot umzuschichten. So senkt man die Hürden,
680 die mit der Auswahl der Positionen eines Depots verbunden sind, indem spätere
681 Korrekturen ohne anfallende Kosten oder Steuern durchgeführt werden können. Im
682 Sinne des Home Bias soll dieser Vorteil nur beim Tausch von rein europäischen
683 Wertpapieren gelten.

684 Die vor allem bei jungen Generationen beliebten Kryptowährungen sollen sich in
685 Besteuerung und Handhabung nicht von anderen Wertaufbewahrungsmitteln wie Gold

686 unterscheiden. Dies umschließt auch die Abschaffung der Verifizierungspflichten
687 von Kryptowallets.

688 Letztlich soll der Zugang zum Finanzmarkt und das Wissen über Kapital- und
689 Altersvorsorge nicht einer gutbürgerlichen Bildungselite vorbehalten sein. Daher
690 muss jede österreichische Schulbildung Kompetenzen im Bereich Financial Literacy
691 beinhalten, die primär von externen Experten und durch direkte praktische
692 Erfahrung, beispielsweise über die Verwendung von Musterdepots, vermittelt
693 werden sollen.

694 **Notmaßnahmen**

695 Bis die nötige Pensionsreform endlich umgesetzt werden kann, müssen zusätzlich
696 zu den oben beschriebenen Vereinfachungen der individuellen Kapitalvorsorge,
697 mehrere Notmaßnahmen ergriffen werden. Ziel dieser ist die Abwendung einer
698 völlig aus dem Ruder geratenen, finanziell nicht mehr stemmbaren Pensionspolitik
699 zu mehr Kostenwahrheit im System.

700 Sämtliche Sonderregelungen und Pensionsprivilegien müssen sofort abgeschafft
701 werden. Alle staatlichen Pensionen sind in das ASVG zu überführen. Pensionen
702 über der ASVG-Höchstpension sind nach Höhe der im Erwerbsleben tatsächlich
703 geleisteten Beiträge zu kürzen, wobei die Kürzungen versicherungsmathematisch
704 korrekt zu berechnen ist. Bei einem Pensionsantritt vor dem Referenzalter von
705 derzeit 65 Jahren sind gleichermaßen Abschläge zu berechnen. Durch diese
706 Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass jedenfalls nicht noch mehr Geld aus
707 dem Staatstopf in die Aufrechterhaltung unseres Pensionssystem fließt.

708 **Wohnen**

709 Wohnen stellt ein menschliches Grundbedürfnis dar. Jedem Bürger soll ein
710 Wohnangebot nach seinen individuellen Bedürfnissen offenstehen. Der Zugang zu
711 einer Mietwohnung darf dabei nicht von Alter, Glück oder Kontakten abhängen. Und
712 auch der Traum vom Eigenheim muss in Österreich aus eigener Kraft realisierbar
713 sein.

714 **Mietfreiheit statt Mietfallen**

715 Für ein Dach über dem Kopf sorgt der Zugang zu einem offenen Wohnungsmarkt mit
716 einem ausgewogenen, vielfältigen Angebot. Ein solches Angebot kann aber nur dort
717 entstehen, wo faire Verhältnisse zwischen Eigentümern und Mietern herrschen, die
718 den Markt beleben und Wohnbau attraktiv machen.

719 Das in Österreich historisch gewachsene Mietrecht ist mittlerweile eines der
720 europaweit restriktivsten. Während die in Kraft gesetzten Regelungen aus
721 redlichen Motiven – dem Schutz der Mieter und insbesondere spezieller Gruppen
722 von Mietern – entstanden sind, sind diese vielfach nicht mehr zeitgemäß und in
723 ihrem Gesamtausmaß schädlich für den Wohnungsmarkt. So sprechen die Zahlen oft
724 gegen Renovierungen oder Neubauten, und so verhindert der starke Bestandschutz
725 für Altmietler eine effektive Allokation des Wohnungsangebots zu Lasten der
726 jungen Generationen.

727 Das Mietrecht muss folglich dringend flexibilisiert und liberalisiert werden.
728 Marktmechanismen dürfen nicht weiter durch überbordende Staatseingriffe
729 ausgesetzt werden, insbesondere bei Altbauten im Vollanwendungsbereich des MRG.
730 Daher muss das Verhältnis Mieter – Vermieter neu geordnet werden: Insbesondere
731 sollen Mietverträge im Sinne der Privatautonomie sowohl vom Mieter als auch vom
732 Vermieter unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist gekündigt werden können. Da
733 der Mieter von einer Kündigung üblicherweise stärker betroffen ist, sind gewisse
734 Mieterschutzbestimmungen zu achten. Dazu gehören eine angemessene
735 Kündigungsfrist und Rücksichtnahme auf besondere Schutzbedürftigkeit, wie bei
736 Schwangerschaft, Behinderung oder hohem Alter. Auch die Möglichkeit in
737 Altverträge eintreten zu können, muss auf Ausnahmesituationen beschränkt werden,
738 um so das Phänomen des sogenannten „Mietadels“ zu unterbinden. Zudem sollen sich
739 die Miethöhen grundsätzlich am Markt durch Angebot und Nachfrage bilden.

740 Diese Maßnahmen machen den privaten Wohnungsmarkt wesentlich attraktiver, was
741 Investitionen begünstigt, Angebot schafft und schließlich die Preise auf
742 angemessenem Niveau hält. Populistische Forderungen nach generellen
743 Mietendeckeln, Leerstandsabgaben und Zweitwohnsitzabgaben lehnen wir ab. Diese
744 schaffen keine einzige zusätzliche Wohnung, sondern verschärfen die bestehenden
745 Probleme weiter.

746 **Menschen statt Mauern fördern**

747 Personen mit einem geringen Einkommen, die marktübliche Mieten nicht aus eigener
748 Kraft stemmen können, müssen durch die öffentliche Hand gestützt werden.
749 Subjektförderungen, also finanzielle Beihilfen für Individuen in Einklang mit
750 dem liberalen Bürgergeld, sind der richtige Weg, um soziale Härten abzufangen.
751 Insbesondere die mangelnde Flexibilität und die fehlende soziale Treffsicherheit
752 machen die Objektförderung zu einem oftmals untauglichen Mittel, um in Zukunft
753 für leistbaren, attraktiven Wohnraum zu sorgen.

754 **Günstige Mieten bauen**

755 Wir wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften entstehen
756 massive Kosten. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen und unnötige
757 Vorschriften (z.B. überschießende Stellplatzverordnung) zu vermeiden und den
758 Entscheidern eine transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu
759 stellen. Bei sicherheitsrelevanten Themen soll zukünftig ein strenges
760 Haftungsrecht die überhandnehmenden Gebote und Verbote ablösen.

761 **Das erste Eigenheim**

762 Der Traum von den eigenen vier Wänden muss Realität werden können. Um dies
763 leichter zu verwirklichen, fordern wir einen Strauß an Maßnahmen, die den Kauf
764 einer neuen Immobilie vergünstigen. Insbesondere die Aussetzung der
765 Grunderwerbsteuer beim Kauf der ersten Immobilie, sowie die Abschaffung der
766 Grundbuchgebühren erachten wir als essenziell.

767 Zudem wollen wir Mietkauf-Modelle ausbauen. Bewohner von Gemeinde- oder
768 Genossenschaftswohnungen sollen die Option erhalten, ihre derzeitigen
769 Mietverträge in Mietkaufverträge umzuwandeln. Wir schlagen ein Flexi-Mietkauf-
770 System vor, nach welcher der Betroffene während der Phase eines Mietkaufs seine
771 Wohnung wechseln kann. Bisherige Zahlungen sollen für den Mietkauf der neuen
772 Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung angerechnet werden.

773 **Sozial treffsicherer Wohnbau**

774 Der soziale Wohnbau soll in erster Linie jenen zugutekommen, die ihn wirklich
775 benötigen. Sozialer Wohnbau hat aber nicht die Funktion über Steuermittel
776 privilegiertes Wohnen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir ein unbürokratisches
777 Einkommensmonitoring, um die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Außerdem muss
778 die Vergabe von „sozialen“ Wohnungen endlich transparent ablaufen. Es braucht
779 objektive und transparente Kriterien, die die Lebensrealität von jungen Menschen
780 berücksichtigen.

781 **Raumplanung - Neu bauen mit Plan**

782 Neubauprojekte sollen kosteneffizient und ökologisch sinnvoll gebündelt werden.
783 Statt zersiedelten Gebieten, braucht es kompaktere Siedlungskerne. Um diese zu
784 verwirklichen, fordern wir, dass die Flächenwidmungskompetenz den Gemeinden
785 entzogen und auf eine überregionale Ebene übertragen wird.

786 Wir stehen zum Prinzip der qualitätvollen Innenverdichtung. Wohnraum muss
787 wieder in die Höhe und nicht mehr in die Breite wachsen und dazu müssen
788 Baurichtlinien gelockert werden. Die Verdichtung eines Siedlungskernes muss

789 dabei einhergehen mit dem Ausbau von Infrastruktur, die nachhaltige Mobilität
790 sicher ermöglicht und durch umfassende Begrünung im öffentlichen Raum begleitet
791 werden.

792 Dafür soll die baulich schwierige und daher teure Bebauung von bereits
793 versiegelten Flächen und das Füllen von innerörtlichen Lücken steuerlich
794 begünstigt werden. Außerdem müssen baurechtliche Richtlinien vereinfacht werden,
795 um die Sanierung von alten Gebäuden zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen
796 zu ermöglichen.

797 **Klima und Umwelt**

798 Der Schutz unseres Planeten ist die drängendste globale Herausforderung. Wir
799 setzen uns für einen umweltbewussten Ansatz ein, der auf individuellen
800 Freiheiten, wirtschaftlicher Entwicklung und verantwortungsvoller Nutzung
801 unserer Ressourcen basiert. Dabei gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand, denn
802 nur, wenn es gelingt, Konsumbedürfnisse insbesondere im Energiebereich sicher,
803 sauber und bezahlbar zu befriedigen, kann Umwelt- und Klimapolitik gelingen.
804 Dafür müssen innovative Lösungen forciert und Marktmechanismen genutzt werden,
805 um die Klimaziele unter Wahrung persönlicher wie wirtschaftlicher Freiheit zu
806 erreichen.

807 **Lenkungseffekte nutzen**

808 Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz, bei dem die Kosten von
809 Klimabelastungen grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip verteilt werden.
810 Dafür müssen klimaschädliche Externalitäten internalisiert und somit in die
811 Preisbildung einbezogen werden. Unternehmer wie Individuen haben so direkte
812 Anreize, auf umweltfreundliche Verhaltensweisen und Produkte zu setzen. Konkret
813 soll daher in Kombination mit innovationsfördernden Maßnahmen ein EU-weiter CO₂-
814 Preis eingeführt werden.

815 Wir setzen uns außerdem für die Einführung von CO₂-Zöllen ein, um internationale
816 Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Durch diese kann
817 sichergestellt werden, dass für Unternehmen aus Ländern mit strengeren
818 Umweltauflagen kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

819 Im Sinne der ökologischen Kostenwahrheit müssen außerdem sämtliche fossile
820 Subventionen, wie etwa des Dieselprivilegs und der Pendlerpauschale gestoppt
821 werden. Die Förderung von zusätzlicher Feinstaub- und CO₂-Belastung steht in
822 diametralem Widerspruch zu allen Bemühungen, die Folgen des Klimawandels
823 einzudämmen.

824 **Energiestrategie für eine nachhaltige Zukunft**

825 Wir bekennen uns zu einer zukunftsorientierten Energiestrategie, die auf
826 marktwirtschaftlichen Prinzipien, technologischer Innovation und individueller
827 Entscheidungsfreiheit fußt. Unser Ziel ist es, eine nachhaltige und stabile
828 Energieversorgung sicherzustellen, welche die Umwelt schont und unseren
829 gesellschaftlichen Wohlstand sichert.

830 Wir setzen auf die Förderung von Forschung und Entwicklung, um innovative
831 Technologien voranzutreiben. Für private Unternehmen, Startups sowie Hochschulen
832 sollen Anreize geschaffen werden, um innovative Lösungen zu erarbeiten.
833 Insbesondere soll auch die Forschung im Bereich der Energiespeicherung gefördert
834 werden, um beständige Lösungen für ein zuverlässiges Energiesystem zu
835 entwickeln.

836 In vielen Bundesländern verhindern Zonierungsgesetze effektiv den Bau von
837 Windkraftanlagen. Diese sollen angepasst und gelockert werden, sodass die
838 Entwicklung erneuerbarer Windenergien vorangetrieben werden kann.

839 Wir befürworten eine diversifizierte Energieversorgung, die auf verschiedenen
840 Energiequellen basiert, einschließlich erneuerbarer Energien wie Solarenergie,
841 Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Zugleich unterstützen wir
842 eine technologieoffene Debatte, um auch über die Nutzung von Kernenergie und
843 sauberer fossiler Energien wie Erdgas sachlich zu diskutieren. Um den
844 Energieverbrauch zu optimieren und Ressourcen zu schonen, setzen wir auf
845 Effizienzmaßnahmen und intelligente Technologien.

846 **Naturschutz durch Renaturierung**

847 Naturschutz durch Renaturierung von Ökosystemen ist von zentraler Bedeutung für
848 den Erhalt der Biodiversität und die Wiederherstellung von natürlichen
849 Lebensräumen. Dabei werden Ökosysteme, die durch menschliche Aktivitäten
850 geschädigt wurden, durch gezielte Maßnahmen revitalisiert und in ihren
851 natürlichen, funktionalen Zustand zurückgeführt. So können Feuchtgebiete
852 wiederhergestellt, Waldgebiete aufgeforstet und Flussläufe sowie Uferzonen
853 renaturiert werden. Ein weiterer entscheidender Aspekt der Renaturierung ist das
854 Management invasiver Arten, um die heimische Flora und Fauna zu schützen.

855 **Stärkung von Schutzgebieten und nachhaltigem Tourismus**

856 Eine effektive Verwaltung und Erweiterung von Schutzgebieten sind von
857 entscheidender Bedeutung, um die natürliche Vielfalt zu schützen. Durch eine

858 professionelle und gut koordinierte Verwaltung können Ökosysteme bewahrt,
859 bedrohte Arten geschützt sowie der Erholungswert für Besucher gewährleistet
860 werden.

861 Nachhaltiger Tourismus respektiert die ökologischen, sozialen und
862 wirtschaftlichen Grenzen einer Destination. Dies bedeutet, Tourismus zu fördern,
863 der lokale Gemeinschaften unterstützt, die Umwelt respektiert und den Besuchern
864 ein authentisches Naturerlebnis bietet, ohne die Natur zu schädigen. Die
865 Zusammenarbeit mit touristischen Unternehmen und Verbänden ist entscheidend, um
866 nachhaltige Praktiken zu fördern. Anreize, Zertifizierungen und Schulungen
867 können Anbieter motivieren, Umweltstandards einzuhalten.

868 **Nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur**

869 Eine nachhaltige Raumplanung und Infrastruktur stellen den Schutz und die
870 Wiederherstellung der Umwelt in den Mittelpunkt. Wir setzen auf eine moderne,
871 innovative und effiziente Gestaltung des öffentlichen Raums, die im Einklang mit
872 ökologischer Verantwortung steht und gleichzeitig individuelle Freiheiten
873 respektiert. Hier ist insbesondere dem rasant fortschreitenden Flächenfraß
874 Einhalt zu gebieten. Den Bundesländern sollen über den Finanzausgleich
875 finanzielle Mittel gestrichen werden, wenn unverhältnismäßig viel Boden
876 versiegelt wird.

877 Ein effektiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Radwege und Fußgängerzonen
878 sollen eine umweltfreundliche Mobilität ermöglichen. Außerdem kann die Nutzung
879 von Smart-City-Technologien und digitalen Lösungen die Ressourcennutzung
880 optimieren und eine nachhaltige Raumentwicklung fördern.

881 **Außen- und Verteidigungspolitik**

882 Die aktuellen Zeiten sind geprägt von Unsicherheiten, die geopolitische
883 Weltordnung ist im Wandel und es kommt vermehrt zu aggressiven Konfrontationen
884 bis hin zu neuen Kriegen. Gerade jetzt sind stabile außenpolitische Bündnisse
885 und Partner für Österreich sowie ein verteidigungsfähiges, gut ausgerüstetes
886 Militär essenziell. Um unseren Wohlstand sowie unsere Verteidigung zu
887 garantieren, braucht es gemeinsame europäische Lösungen.

888 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

889 In außen- und sicherheitspolitischen Fragen soll die EU nicht widersprüchliche,
890 nationalstaatliche Interessen verfolgen, sondern international geeint mit einer
891 Stimme sprechen. Daher soll die Position des Hohen Vertreters für Außen- und

892 Sicherheitspolitik zu einem echten EU-Außenminister aufgewertet werden und so
893 die Frage „Who do I call if I want to call Europe?“ endgültig beantworten.

894 Der Europäische Auswärtige Dienst soll zudem gestärkt werden. Die Kompetenzen
895 der Vertretungen der EU im Ausland sollen erweitert werden, um beispielsweise
896 die gemeinsame Ausstellung von Visa durch „EU-Botschaften“ zu ermöglichen. Ein
897 solches Modell der „Botschaft mit 28 Flaggen“ führt zu einheitlichen
898 Vergabeprozess, ermöglicht Kosteneinsparungen und erlaubt eine vereinfachte
899 Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten.

900 **Europäisches Berufsheer statt provinzieller Zwangsarmee**

901 Um die Wehrhaftigkeit unseres Staats zu garantieren, müssen wir die
902 Landesverteidigung in die Hände von Profis geben und nicht in die von
903 Maturanten. Die Wehrpflicht ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die freie
904 Lebensgestaltung junger Männer. Ein Berufsheer ist längst überfällig und
905 dringend nötig, um für die Herausforderungen der Moderne gewappnet zu sein. Auch
906 die Anschaffung von modernem Equipment und Waffensystemen ist längst überfällig.
907 Als staatliche Kernaufgabe muss die Finanzierung der Militärs daher endlich
908 priorisiert werden.

909 Als überzeugte Europäer ist uns bewusst, dass nur ein geeintes und starkes
910 Europa effektiv gegen Cyberkriegsführung, die Bedrohung kritischer Infrastruktur
911 und Terrorismus vorgehen kann. Die Zusammenarbeit der europäischen
912 Nachrichtendienste muss weiter verstärkt werden und auch der Schutz der
913 kritischen Infrastruktur, insbesondere bei grenzüberschreitender Nutzung, in
914 europäischer Zusammenarbeit erfolgen.

915 Langfristig sind wir außerdem für ein europäisches Militär, das die europäische
916 Bevölkerung im Notfall effektiv verteidigen kann. Diese EU-Armee soll eng mit
917 unseren westlichen Verbündeten zusammenarbeiten. Konsequenterweise soll daher
918 die österreichische Neutralität mittelfristig abgeschafft werden. Kurzfristig
919 muss zumindest die Beschaffung von Verteidigungsmitteln primär auf europäischer
920 Ebene erfolgen.

921 **Freihandel schafft Wohlstand**

922 Freihandel schafft Wohlstand und stiftet Frieden. Wir wollen Freihandel fördern
923 und fordern, denn vom freien Handel zwischen Demokratien profitieren am Ende
924 alle. Eine freie Marktwirtschaft zeichnet sich nicht nur durch den
925 innerstaatlichen, sondern vor allem auch durch den internationalen Handel aus.
926 Diese in den letzten zwei Jahrhunderten stattfindende Globalisierung ist die

927 Grundlage unseres heutigen Wohlstands.

928 Wenige Länder haben vom freien Güter- und Personenverkehr des EU-Binnenmarktes
929 so sehr profitiert wie Österreich. Wir wollen eine Ausweitung und Vertiefung des
930 Binnenmarktes, um den Wohlstand auch zukünftig zu sichern und auszubauen.

931 Der europäische Binnenmarkt soll durch den Abschluss von Freihandelsabkommen
932 profitieren. Durch Freihandelsabkommen genießen europäische Erzeugnisse einen
933 größeren Absatzmarkt, während europäische Konsumenten mehr Wahlfreiheit in ihren
934 Einkäufen erhalten. Insbesondere österreichische Unternehmer konnten so in der
935 Vergangenheit überdurchschnittlich profitieren. Alleingänge der österreichischen
936 Bundesregierung in Form von Vetos gegen europäisch verhandelte
937 Freihandelsabkommen, sind strikt abzulehnen.

938 Darüber hinaus wollen wir den Handel mit anderen Staaten nutzen, um unsere Werte
939 und Produktionsstandards zu exportieren. In Anbetracht der Entwicklungen in
940 Afrika, wo China und Russland die EU wie auch die USA durch eine werteneutrale
941 Handels- und Investitionspolitik nahezu verdrängt haben, ist aber Zurückhaltung
942 bei vertraglichen Werteboten geboten. Liberale Demokratie und die Achtung der
943 Menschenrechte muss man international vorleben, diese kann man nicht einfach
944 vertraglich aufoktroyieren. Oft sind daher kleine Schritte nachhaltiger. In
945 diesem Sinne sollen zumindest europäische Umweltstandards zur Erreichung der
946 Pariser Klimaziele in jedem Freihandelsabkommen durch entsprechende Auflagen und
947 Mindestanforderungen enthalten sein.

948 **Souveränität und Schutz liberaler Demokratien**

949 Wir bekennen uns klar zur Unterstützung liberaler Demokratien im Kampf gegen
950 Diktaturen zur Wahrung ihrer Freiheit, wie aktuell in Taiwan, das von der
951 autoritären kommunistischen Volksrepublik China bedroht wird.

952 Wir verurteilen außerdem klar terroristische Handlungen, die für Unsicherheit,
953 schlimmstenfalls aber auch zum Verlust von Menschenleben und zu internationalen
954 Konflikten, führen. Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten ist ein
955 deutliches Beispiel für die Provokation von Kriegen durch Terrororganisationen,
956 die entschlossen bekämpft werden müssen.

957 Das Völkerrecht ist von Staaten nicht als Empfehlung, sondern als bindendes
958 Regelwerk zu verstehen. Völkerrechtswidrige Kriegshandlungen untergraben das
959 Fundament internationaler Normen und den Schutz unschuldiger Menschenleben. Der
960 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein deutliches und
961 schwerwiegenderes Beispiel für eklatante Verletzungen des Völkerrechts, denen

962 wir vehement entgentreten müssen.

963 **Reform internationaler Institutionen**

964 Internationale Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen oder die
965 Welthandelsorganisation haben oft nicht genügend Mittel, um ihren Aufgaben
966 nachzukommen. Gerade in Zeiten des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands
967 gegen die Ukraine, sowie der wirtschaftlichen Dreistigkeit Chinas beispielsweise
968 in der Missachtung jeglicher Regeln von intellektuellem Eigentum, sind
969 handlungsfähige internationale Organisationen essenziell.

970 Die Vereinten Nationen sollen ein strukturiertes Forum für Dialog,
971 Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung auf globaler Ebene sein, doch um diesem
972 Anspruch gerecht zu werden, muss die UN fundamental reformiert werden. Das allzu
973 oft hinderliche Vetorecht einzelner Staaten verleiht zwar den getroffenen
974 Beschlüssen mehr Gewicht, darf jedoch angesichts des globalen Wandels kein
975 dogmatisches Artefakt der Gründungszeit bleiben, sondern muss laufend
976 hinterfragt werden.

977 Um zudem Rechtssicherheit im internationalen Wirtschaftswesen sowie Schutz vor
978 staatlicher Willkür zu gewährleisten, fordern wir die Errichtung eines
979 unabhängigen, internationalen Handelsgerichtshofs.

980 **Vereintes Europa**

981 Die Europäische Union ist als Garant unseres Wohlstandes und als integraler
982 Bestandteil unseres täglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Nie war die
983 europäische Bevölkerung so frei, nie so wohlhabend und nie so geprägt von
984 Frieden. Um jetzt den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts effektiv
985 entgegenzutreten, müssen wir das Projekt Europa weiterentwickeln und vertiefen.
986 Daher fordern wir die Vereinigten Staaten von Europa.

987 **Reform der europäischen Institutionen**

988 Um eine entscheidungsfähige EU zu sichern, muss das Einstimmigkeitsprinzip im
989 Rat abgeschafft werden. Nur so kann man Autokratien wie Ungarn und Polen den
990 Wind aus den Segeln nehmen und verhindern, dass einzelne Staaten wichtige
991 Reformen aufgrund nationalstaatlichen Denkens blockieren.

992 Um eine bürgernahe EU zu schaffen, die Vertrauen und Ansehen genießt, müssen
993 direkte Wahlen garantiert werden. Deshalb sollen für die Wahl zum Europäischen

994 Parlament europaweite Wahllisten aufgestellt werden und der Kommissionspräsident
995 direkt gewählt werden.

996 Die Europäische Kommission soll zu einer echten europäischen Regierung
997 aufgewertet werden, deren Zusammensetzung nicht von der Anzahl der
998 Mitgliedstaaten abhängt, sondern aus Mitgliedern des Parlaments gebildet wird
999 und daher eine größere Flexibilität bei der Definition der Aufgabenbereiche hat.
1000 Das Europäische Parlament wiederum soll durch Gewährung des Initiativrechts in
1001 seiner Bedeutung aufgewertet werden. Als föderales Element soll ihm der Rat als
1002 gleichberechtigte zweite Kammer zur Seite gestellt werden. Der Europäische Rat
1003 soll ersatzlos abgeschafft werden.

1004 Um den Mitgliedstaaten Raum für eigene Entfaltung zu lassen, soll das
1005 Subsidiaritätsprinzips auch im Laufe kommender Reformen beibehalten und
1006 stringent eingehalten werden. So werden die regionalen Bedürfnisse und
1007 Unterschiede durch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der entsprechenden
1008 Ebenen berücksichtigt.

1009 **Verantwortungsvolle Finanzpolitik**

1010 Gerade in Zeiten der steigenden Zinsen, zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine
1011 nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist. Die EU und die
1012 Mitgliedstaaten müssen Förderungen effizienter gestalten, Missbrauch durch
1013 Nationalstaaten verhindern und Kosten einsparen. Wir bekennen uns zu den
1014 Maastricht-Kriterien und wollen, dass die Staaten diese in Zukunft wieder achten
1015 und umsetzen, um der nächsten Generationen Willen.

1016 Wir setzen uns für eine zurückhaltende und möglichst marktnahe Geldpolitik ein.
1017 Die EZB soll daher umfassend reformiert werden und sich zukünftig einzig auf den
1018 Erhalt der Geldwertstabilität konzentrieren, um ihre politische Unabhängigkeit
1019 zu wahren.

1020 **Europäisches Asylsystem**

1021 Die derzeit unkontrollierte Migration nach Europa ist eine der großen
1022 Herausforderungen unserer Generation. Auch diese können wir nur als geeintes und
1023 solidarisches Europa bewältigen - es kann nicht sein, dass dieses Problem auf
1024 einige wenige Mitgliedsstaaten abgeladen wird. Es braucht endlich eine
1025 gesamteuropäische Asyllösung, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen. Die
1026 Asylwerber sollen verbindlich auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden, wobei
1027 die Verteilung sich nach der Bevölkerungszahl, dem Bruttoinlandsprodukt und den
1028 bisher erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber richten soll. In diesem

1029 Zusammenhang soll auch eine Residenzpflicht eingeführt werden. Asylverfahren
1030 müssen schneller abgewickelt werden, um Schutzbedürftigen möglichst schnell zu
1031 helfen und Missbrauch zu verhindern.

1032 Straffällige Asylwerber sollen schneller abgeschoben und außer Landes gebracht
1033 werden. Die EU soll Rückführungsabkommen abschließen, in denen sich die
1034 Herkunftsstaaten zur Rücknahme der abgelehnten Asylwerber verpflichten. Nur so
1035 kann ein funktionierendes Asylsystem Bestand haben.

1036 Um die Integration und Eingliederung der Geflüchteten zu gewährleisten, sollen
1037 verpflichtende Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden. Um Schleppern das
1038 Geschäft zu erschweren, fordern wir einen effektiven Grenzschutz, an dem sich
1039 alle EU-Staaten beteiligen.

1040 **Demokratische Mitbestimmung durch Unionsbürger**

1041 Europäer sind heute durch europaweit wechselnde Studienorte und Arbeitsstätten
1042 sowie Familie und Freunden mit bunt gemischten Staatsbürgerschaften in ganz
1043 Europa daheim. Ganz im Sinne der europäischen Integration sollen in Österreich
1044 lebenden Unionsbürgern die vollen demokratischen Teilhaberechte zukommen.

1045 **Verantwortung übernehmen - Liberale Regierungsarbeit**

1046 Politik ist kein Selbstzweck. Genauso wenig das vorliegende Programm. Dieses
1047 soll nicht in einer dunklen Schublade enden, sondern Veränderung in unserem
1048 schönen Land bewirken. Der Verdienst für das große Ganze durch teils auch
1049 kleinere, aber dafür realisierbare Schritte ist gegenüber sturer Ideologie zu
1050 bevorzugen. In diesem Sinne listen wir in diesem Kapitel zwölf Punkte auf, die
1051 im Zuge einer liberalen Regierungsverantwortung jedenfalls umgesetzt werden
1052 sollen, um die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen.

1053 Um das **Aufstiegsversprechen zu erneuern**, sodass sich auch die junge Generation
1054 in Österreich durch eigene Kraft etwas aufbauen kann, soll ...

- 1055 • die Steuer- und Abgabenlast drastisch gesenkt werden, um vor allem jungen
1056 Berufstätigen mehr finanziellen Spielraum zu ermöglichen;
- 1057 • die Grunderwerbssteuer beim Kauf der ersten Immobilie ausgesetzt werden;
- 1058 • die Behaltefrist für Wertpapiere für Privatanleger wieder eingeführt
1059 werden.

1060 Um **Wohlstand in Österreich** langfristig zu sichern, muss der
1061 unternehmerfeindlichen Überregulierung Einhalt geboten werden. Daher soll ...

- 1062 • die Gewerbeordnung entrümpelt werden, indem vor allem gebundene Gewerbe
1063 abgeschafft und Qualifikationsnachweise auf das Nötigste reduziert werden;
- 1064 • der Wirtschaftsstandort nicht durch eine Verschärfung des
1065 Arbeitskräftemangels durch die Einführung einer gesetzlichen 32-Stunden-
1066 Woche geschwächt werden.

1067 Um weg von Biedermeier-Sentimenten hin zum **italienischen Dolce Vita mit**
1068 **niederländischem Chill-Faktor** zu kommen, soll ...

- 1069 • die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten schrittweise vorangetrieben
1070 werden;
- 1071 • die Kriminalisierung von Cannabis zu Gunsten der kontrollierten Freigabe
1072 abgeschafft werden.

1073 Um im Sinne der **Generationengerechtigkeit** erste Schritte Richtung
1074 zukunftsfähiger Planet, sowie nachhaltiger Staatshaushalt und zukunftsfittes
1075 Pensionssystem zu sichern, soll ...

- 1076 • ein Stopp klimaschädlicher Subventionen umgesetzt werden;
- 1077 • ein aktiver Abbau der Staatsschulden betrieben werden;
- 1078 • die Aktienpension durch eine Öffnung der betrieblichen Altersvorsorge
1079 ermöglicht und das Pensionsantrittsalter nachhaltig erhöht werden.

1080 Um das **österreichische Bildungssystem** zumindest im Rahmen der Kompetenzen einer
1081 Bundesregierung ein Stück lebensnäher auszugestalten und den Hochschulen ein
1082 Stück mehr Exzellenz zu erlauben, soll ...

- 1083 • in einem ersten Schritt Richtung völliger Schulautonomie ein geförderter
1084 Rahmen geschaffen werden, der es Schulen über eine private Trägerschaft
1085 bei gleichzeitig öffentlicher Finanzierung und ohne Schulgelder
1086 ermöglicht, finanzielle, personelle sowie pädagogische Autonomie zu
1087 erlangen und so zu Chancenschulen zu werden, die die Schüler in den
1088 Mittelpunkt stellen;

1089
1090

- die Finanzierung der Hochschulen durch nachgelagerte Studienbeiträge verbessert werden.